

Wittgensteiner Wochenblatt

Organ im Renne-, Lahn-, Dill- und Ederthal

Erscheint jeden Sonnabend und kostet vierteljährlich in der Expedition 50 Pf., durch die Post bezogen 65 Pf., mit dem illust. Unterhaltungsblatt in der Expedition 90 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 15 Pf.

Redaktion, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Insertate werden die einspaltige Zeile oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet. Wiederholungen mit entsprechendem Rabatt.

Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen an.

Nr. 6.

Laasphe, Sonnabend den 8. Februar 1890.

XV. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachung.

Gemäß § 8 des Reglements vom 28. Mai 1870 zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag wird nachstehend das Verzeichnis über die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Bestimmung der Wahllokale und die Bestellung der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter für die bevorstehenden Reichstagswahlen bekannt gemacht. Ich mache gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die Auslegung der Wahllisten, welche gemäß der Bekanntmachung des Herrn Ministers des Innern vom 10. Januar d. J. zu beginnen hatte, mit dem 30. d. M. geschlossen wird, und daß Beschwerden über die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Listen nach diesem Tage nicht mehr angebracht werden können. Die Wahl selbst findet laut Kaiserlicher Verordnung am

Donnerstag den 20. Februar cr.

statt, beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen. Sie geschieht mittels Abgabe eines Stimmzettels von weißer Farbe, welcher Name, Stand und Wohnort des zu wählenden Candidaten enthalten muß und zusammengefaßt dem Wahlvorsteher resp. dessen Stellvertreter zu übergeben ist.

Zum Wahlkommissar ist Landrath Keil in Siegen ernannt.
Verleburg, den 24. Januar 1890.

Der Landrath: v. Schroetter.

Nr.	Wahlbezirke.	Namen und Wohnort der Wahlvorsteher.	Namen und Wohnort der Stellvertreter der Wahlvorsteher.	Wahllokal.
1	Verleburg, Stadt mit Schloßpolizeibezirk, Mühle, Brauerei, Ziegelei, Neuweierhammer, Altengraben, Freibach	Beigeordneter Wahl, Verleburg	Rathsherr Porta, Verleburg	Klassenzimmer unten rechts in der Schule zu Verleburg.
2	Laasphe, Stadt und Laasphehütte	Beigeordneter Schuppener, Laasphe	Rebent Wehn, Laasphe	Klassenzimmer der Kirchenschule, Laasphe.
3	Wittgenstein, Schloßpolizeibezirk und Gemeinde Kunst = Wittgenstein mit Friedrichshammer, Kunst und Gasanerie	Schloßpolizeiverwalter Walle, Wittgenstein	Hofgärtner Koshkaedt, Wittgenstein	Wohnung des Hofgärtners Koshkaedt, Wittgenstein.
4	Elff mit Christiansack und der fürstlichen Domäne daselbst	Gemeindevorsteher Batta, Elff	Daniel Braun, Elff	Wohnung des Gemeindevorstehers Batta, Elff.
5	Altershausen	Gemeindevorsteher Diele, Altershausen	Georg Homrighausen (Reuters), Altersh.	Wohnung des Gemeindevorstehers Diele, Altershausen.
6	Bettelhausen	Gemeindevorsteher Klinkert, Bettelhausen	Schreiner Joh. Josef Braun, Bettelsh.	Wohnung des Gemeindevorstehers Klinkert, Bettelhaus.
7	Schwarzenau und die fürstl. Domäne das.	Gemeindev. Ludw. Glaesner, Schwarzenau	Lehrer Jac. Baegel, Schwarzenau	Wohnung d. Gem.-Verordn. Ludw. Glaesner, Schwarzen.
8	Arfeld	Gemeindevorsteher Peter, Arfeld	Amtsbeigeordneter Gent, Arfeld	Wohnung des Beigeordneten Gent, Arfeld.
9	Nischstein	Schneider, Nischstein	Heinrich Belz, Nischstein	Wohnung des Gemeindevorst. Schneider, Nischstein.
10	Sassenhausen	Gemeindevorst. Dornhöfer, Sassenhausen	Heinrich Klein, Sassenhausen	Wohnung des Gemeindevorst. Dornhöfer, Sassenhaus.
11	Weidenhausen	Gemeindevorst. Nischstein, Weidenhausen	Wirth Georg Spies, Weidenhausen	Wohnung des Gemeindevorst. Nischstein, Weidenhausen.
12	Stünzel	Gemeindevorsteher Stenger, Stünzel	Ludwig Knebel, Stünzel	Wohnung des Gemeindevorst. Stenger, Stünzel.
13	Banfe mit Kesselbach	Vorsteher Hoffmann, Banfe	Wirth Kraft Roth, Banfe	Schullokal zu Banfe.
14	Bernershausen	Vorsteher Weber, Bernershausen	Adersmann Joh. Afflerbach, Bernersh.	Wohnung des Vorstehers Weber, Bernershausen.
15	Bernershausen	Vorsteher Frank, Bernershausen	Adersmann Ludw. Blecher II., Bernersh.	Wohnung des Vorstehers Frank zu Bernershausen.
16	Fischelbach mit Sohl und Sonderbach, sowie Heiligenborn	Vorsteher Weber, Fischelbach	Förster Wetter, Fischelbach	Schullokal zu Fischelbach.
17	Herbertshausen mit Hof Breidenbach	Adersmann Wilh. Frank, Herbertshausen	Adersmann Peter, Nischstein, Herbertsh.	Schullokal zu Herbertshausen.
18	Hesselbach mit Digrud	Vorsteher Schmidt, Hesselbach	Schulmache Georg Weber, Hesselbach	Schullokal zu Hesselbach.
19	Holzhausen mit Hohnacker	Förster Meißner, Holzhausen	Vorsteher Strack, Holzhausen	Wohnung des Vorstehers Strack, Holzhausen.
20	Niederlaasphe	Vorsteher Achenbach, Niederlaasphe	Chausseeaufseher Achenbach, Niederlaasphe	Schullokal zu Niederlaasphe.
21	Puderbach mit Hülshof	Förster Wipper, Puderbach	Vorsteher Schäfer, Puderbach	Schullokal zu Puderbach.
22	Safmannshausen mit Domäne und Zigeunerkolonie	Vorsteher Reuter, Safmannshausen	Lehrer Kaybach, Safmannshausen	Wohnung des Vorstehers Reuter, Safmannshausen.
23	Aue mit Seilbergerhammer	Rebent Heinrich Klog, Aue	Gemeindevorsteher Fischer, Aue	Schule zu Aue.
24	Balde mit Mehlbach und Mohrbach	Gemeindevorsteher Dittel, Balde	Förster Klingenspor Balde	Schule zu Balde.
25	Birkelbach mit Röspe	Gemeindevorsteher Limper, Birkelbach	Gemeindev. Stellv. G. Kaiser, Birkelbach	Schule zu Birkelbach.
26	Birkelbach	Gemeindevorsteher Dreisbach, Birkelbach	Lehrer Knoche, Birkelbach	Schule zu Birkelbach.
27	Berghausen	Gemeindevorsteher Breuer, Berghausen	Friedrich Achenbach, Berghausen	Schule zu Berghausen.
28	Doglar mit Pfaffenbende	Amtsbeigeordneter Balb, Doglar	Förster Friedrich Krob, Doglar	Schule zu Doglar.
29	Hemischlar mit Rinthe	Gemeindevorsteher Klein, Hemischlar	Gemeindevorsteher Balb, Rinthe	Wohnung des Gemeindevorstehers Klein, Hemischlar.
30	Raumland	Verwalter Dhl, Raumland	Gemeindevorsteher Limper, Raumland	Schule zu Raumland.
31	Womelsdorf	Wüller Christ. Kaiser, Womelsdorf	Lange, Womelsdorf	Wohnung des Wüllers Christ. Kaiser, Womelsdorf.
32	Wingeshausen m. Paulsgr. u. Casimirschhof	Försterwaller Wetter, Wingeshausen	Stremmel, Wingeshausen	Schule zu Wingeshausen.
33	Erndtebrück	Amtmann Schmidt, Erndtebrück	Gemeindevorst. Afflerbach, Erndtebrück	Schullokal Erndtebrück.
34	Benfe mit Ludwigsdorf	Gemeindevorsteher Althaus, Benfe	Wirth Christian Althaus, Benfe	Wohnung des Vorstehers Althaus, Benfe.
35	Zinse	Landwirth Ludw. Afflerbach, Zinse	Gemeindevorsteher Weinand, Zinse	Wohnung des Landwirths Ludwig Afflerbach, Zinse.
36	Schameder	Gemeindevorsteher Kaiser, Schameder	Landwirth Heinr. Griesing, Schameder	Schullokal Schameder.
37	Obernordf	Gemeindevorsteher Kengel, Oberndorf	Gastwirth Sig. Oberndorf	Schullokal Oberndorf.
38	Rüppershausen und Steinbach	Lehrer Reith, Rüppershausen	Gemeindevorst. Schäfer, Steinbach	Schullokal Rüppershausen.
39	Amthausen mit Immergrün	Gemeindevorsteher Hadler, Amthausen	Landwirth Georg Marx Amthausen	Wohnung des Vorstehers Hadler, Amthausen.
40	Rüdershausen und Weide	Gemeindevorst. Schneider, Rüdershausen	Landw. Heinr. Hadler, Rüdershausen	Wohnung des Vorstehers Schneider, Rüdershausen.
41	Vollholz und Großenbach mit Augustenhof	Förster Bodenroth, Augustenhof	Gemeindevorst. Weber, Großenbach	Schullokal Vollholz.
42	Reubingen	Rebent Weber, Reubingen	" Rothenspieler, Reubingen	Schullokal Reubingen.
43	Diedenshausen	Müller Daniel Weller, Diedenshausen	" Homrighausen, Diedensh.	Schule zu Diedenshausen.
44	Wunderthausen	Lehrer Steinmeyer, Wunderthausen	" Niederst, Wunderthausen	Schule zu Wunderthausen.
45	Kangewiese mit Hobeley	Gemeindevorsteher Hellwig, Kangewiese	Anton Gerke, Kangewiese	Evangelische Schule zu Kangewiese.
46	Neuastenberg und Wollseifen	Gemeindevorst. Schmidt, Neuastenberg	Kentner Benfer, Wollseifen	Schule zu Neuastenberg.
47	Girtheim m. Rehsiepen u. aushl. Hobeley	Gemeindev. Homrighausen, Girtheim	Rebent Dittel, Girtheim	Schule zu Girtheim.
48	Wemlichhausen und Schüllerhammer, Homrighausen u. Kähbude	Lehrer Hoffmann, Schüllerhammer	Försterwaller Dittel, Schüller	Schule zu Schüllerhammer.

Politische Wochenrundschau.

Ganz unerwartet vollzog sich in der abgelaufenen Woche der Rücktritt des Fürsten Bismarck vom Handelsministerium, welches er seit nahezu 10 Jahren nebenamtlich verwaltet hatte, und die Ernennung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. Berlepsch zum Handelsminister. Allen Vermuthungen, welche sich an diesen plötzlichen Wechsel knüpften, wurde durch eine Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß es lediglich Geschäftsüberlastung sei, welche den Reichskanzler zur Abgabe des Handelsministeriums bewogen habe, die Spitze abgebrochen, und zwar um so mehr, als die Geschäfte des Handelsministeriums durch Uebergang des Berg-Hütten- und Salinenwesens an dasselbe eine wesentliche Erweiterung erfahren werden. Möglich ist es freilich, daß die Arbeiterschuldgesetzgebung durch Herrn v. Berlepsch ein beschleunigteres Tempo annimmt; man wird sich erinnern, daß Herr v. Berlepsch in seiner Eigenschaft als Oberpräsident anlässlich des großen Bergarbeiter-

streikes eine ganz besondere Thätigkeit entfaltet hat. Welches Interesse der Kaiser an der Lösung der Arbeiterfragen nimmt, hat er von Neuem bei einem Diner, welches am Dienstag beim Reichskanzler stattfand, bewiesen.

Noch mehr hat der Kaiser seiner Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klasse dadurch Ausdruck verliehen, daß er in zwei Erlassen seinen Willen dahin kundgibt, daß die Lösung der Arbeiterfragen sowohl auf nationalem und internationalem Wege versucht werden soll. Zu ersterem Zwecke soll der Staatsrath unter Zuziehung sachkundiger Personen zusammen-treten, um die erforderlichen Vorberatungen zu pflegen; die internationale Lösung aber soll dadurch angebahnt werden, daß zunächst in Frankreich, Belgien und der Schweiz amtlich anzufragen ist, ob die betr. Regierungen geneigt sind, mit Deutschland in Unterhandlungen zu treten behufs Verständigung über die Möglichkeit, derjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen

der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Ferner soll eine internationale Konferenz berathen über die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelung der Grenzen für die Anforderungen, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigt sich mit der 1. Lesung des Staatshaushaltsetats und behandelte in sehr ausgiebiger Weise die Steuerreform und das Zollwesen. Die Nachrichten aus den rheinischen westfälischen Bergwerksdistrikten lauten wenig hoffnungsreich; auch scheint es unter den Vergleuten selbst zu Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Reichstagswahlen gekommen zu sein; ein Theil will mit dem Centrum gehen, ein Theil hat sich der Sozialdemokratie in die Arme geworfen, ein dritter Theil hat sich für die Wahl eines Bergmannes ohne politische Parteilichkeit entschieden. Die Wahlbewegung schlägt im übrigen in allen

Theilen Deutschlands hohe Wellen und wird jedenfalls eine äußerst erregte werden.

In Oesterreich schwebt man immer noch in der Freude an dem Gelingen des Ausgleichs. Der ehemalige Minister des Aeußeren, Graf Andrássy, ist schwer erkrankt.

Die heftigen, parlamentarischen Kämpfe, welche in der französischen Kammer sich abspielten, in Verbindung mit den Schlußergebnissen der Untersuchung in Sachen der Eskomptebank haben eine Ministerkrise erzeugt, deren Ende z. Zt. noch nicht absehbar ist.

In Bulgarien haben zahlreiche Verhaftungen unter den Offizieren stattgefunden; es soll ein Attentat gegen das Leben des Fürsten geplant gewesen sein.

Die Möglichkeit einer internationalen Regelung des englisch-portugiesischen Konflikts ist wieder mehr in den Vordergrund getreten. Die Großmächte sollen sich günstig zu einer Konferenz ausgesprochen haben.

Tagesgeschichtliches.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende zwei hochwichtige Kaiserliche Erlasse:

Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang dem heimischen Vertriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brodbelos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Ueberzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche befeuert sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlung zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage Ich Sie, die Kabinete aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Antheil nehmen, zu einer Konferenz behufs Berathung über die einschlägigen Fragen einzuladen.

Berlin, den 4. Februar 1890.

Wilhelm J. R.

An den Reichskanzler.

Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater Sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Theil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat.

So werthvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Wir gestellte Aufgabe.

Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden.

Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben, Behufs einer

der Stellung der Fabrikinspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat.

Zur Vorberathung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrath unter Meinem Vorsitze und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammenetrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren behalte Ich Meiner Bestimmung vor.

Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Nothwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zutritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäÙiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mittheilen.

Berlin, den 4. Februar 1890.

Wilhelm R.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe.

Plandereien aus der Gegenwart.

(Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.)

1. Zwischen England und Portugal schwebt gegenwärtig ein Streitfall, der besonders in letzterem Lande viel böses Blut macht und bei allen in Afrika beteiligten Colonialmächten Aufsehen erregt.

Afrika, der dunkle Erdtheil, so genannt wegen der Dunkelheit des Wissens welche bis vor wenigen Jahren noch darüber lag und wegen der angeborenen Dunkelheit einer Afrikanerhaut, ist jetzt, nachdem die übrige Welt so ziemlich vertieft, ein Gegenstand der heftigsten Sehnsucht aller großen europäischen Staaten, mit alleiniger Ausnahme Rußlands, das, obgleich es seine großen Länderbroden noch nicht halbverbraut, nur dringende Wünsche nach einer besseren „Regulierung“ seiner Landesgrenzen hat. Bei der hastigen Eile, mit welcher der Deutsche, Franzose, Italiener, Spanier, Portugiese und Engländer einer dem anderen in Erhaschung der Beute resp. Aufpflanzung der entsprechenden Landesflagge zuvorkommen sucht, ist es denn auch nicht zu verwundern, daß die Herren Besitzergreifer häufig irrendwo aufeinander prallen und die Diplomaten am grünen Tische mit weißen Worten und Grenzlinien, auf die Karte von Afrika gezogen, Streitigkeiten ihrer Colonialstreifenden schlichten müssen. Den größten Länderhunger haben wie überall, auch in Afrika die Engländer. Zu der, Dank der Umsicht unserer Regierung so rasch erfolgten Besitzergreifung unserer Colonien an der West- und Ostküste des Erdtheils waren sie genöthigt, ohne es hindern zu können, ein süß-saures Gesicht zu machen. Streitigkeiten mit uns mußten sie wegen der Macht Deutschlands auf gutlichem Wege beizulegen sich herbeilassen.

Ehe das jetzige Colonialfieber ausbrach, hatte England schon eine ganz schöne Summe afrikanischer Quadratmeilen in der Tasche. Der Ausdehnung seines Caplandes setzten die südafrikanischen Bauernrepubliken jedoch einen kräftigen Damm entgegen. Jetzt sucht es das im Norden beider Republiken gelegene Land sich anzueignen und hat zu diesem Zwecke einer Reihe von Handelsgesellschaften, die über das nöthige Geld haufenweise verfügen, Schutzbriefe ertheilt. Gelingt dieser Plan, so ist sein Übergewicht in Afrika gesichert. Portugal hatte schon seit der Zeit seiner großen Entdeckungserreisen im 16. Jahrhundert die Küste von Mozambique und dachte sich als die natürliche Herrin des dazu gehörigen Hinterlandes, eben der Gegend, welche die Engländer jetzt zu erwerben trachten. Als nun kürzlich die portugiesische Regierung, angefeuert durch den colonialen Eifer anderer Staaten sich in den thatsächlichen Besitz des fraglichen Hinterlandes setzen, und ihre Jahrhunderte alten Rechte geltend machen wollte, fand ihr Abgesandter, der Major Peto, daß die Engländer schon dagewesen und die Hauptlinge unter ihren Schutz gestellt hatten. Voll patriotischen Grimmes ließ er die englische Flagge allenthalben herunterreißen und jagte die Vertreter Englands aus dem Lande.

Darob natürlich riesige Entrüstung in London. Nach einigen diplomatischen Noten kam der kategorische Befehl nach Lissabon, binnen 24 Stunden den Major Peto zurückzurufen, widrigenfalls die Feindseligkeiten begünden. Das kleine Portugal war genöthigt, zähneknirschend der britischen Gewalt zu weichen, that dies jedoch unter Vorbehalt seiner Rechte auf das fragliche Gebiet. Seiner Wuth suchte das portugiesische Volk durch Einwerfen der Fenster am englischen Botschaftshotel in Lissabon und Abbruch aller Handelsbeziehungen mit Großbritannien Luft zu machen.

Locales.

Laasphe, 5. Februar. (Öffentliche Sitzung des Schöffengerichts.)

1. F. C. von hier war wegen nächtlicher Ruhestörung in Polizeistrafte genommen worden, hatte aber dagegen Berufung eingelegt. Die Beweisaufnahme ergab, daß C. sich wohl in der Gesellschaft dreier anderer junger Leute befunden, welche nächtlicher Weile gesungen und gelärmt hatten, daß er sich selbst an diesen Excessen jedoch nicht thätlich betheiligte hatte. Er wurde deshalb freigesprochen.

2. Der Schuhmacher A. K. zu Niederlaasphe hatte sich i. Spt. um die Erlangung der Wirtschaftskonzession bemüht. Die betreffenden Behörden konnten jedoch ein Bedürfnis zur Errichtung einer dritten Wirtschaft zu Niederlaasphe nicht anerkennen, und K. wurde mit seinem Antrage durch alle Instanzen abgewiesen. Nichtsdestoweniger versuchte er auf den verschiedensten Wegen die Concession zu umgehen und verabreichte in seinem Hause Bier an Gäste, welche dasselbe dort auch tranken. Außerdem hatte er bei einer Festlichkeit, welche im Freien stattfand, die Wirtschaft übernommen. Wegen zweier solcher Fälle zur Anzeige ge-

bracht erhielt er für den einen 12, für den anderen 15 Mk. Geldstrafe.

3. Der Landwirth F. M. zu Oberndorf war beschuldigt, über ein fremdes Grundstück unbefugt gefahren zu sein, es wurde jedoch festgestellt, daß M. ein Recht hierzu hatte, weshalb ihn das Gericht freisprach.

4. Wurde eine Privat-Beleidigungs-Klage verhandelt.

Laasphe, 5. Februar. Am gestrigen Abend versammelten sich im Lokale des Herrn Friedrich Schuppert hieselbst eine Anzahl dieser Bürger, welche sich zu Anhängern der gemäßigt konservativen bezw. national-liberalen Partei bekennen.

Die Versammlung beschloß einstimmig, sich dem Vorgehen des Wahlausschusses der vereinigten gemäßigt konservativen und national-liberalen Parteien zu Siegen anzuschließen, von der Wiederwahl des bisherigen Reichstagsabgeordneten, Herrn Hofprebiger Stöcker, abzusehen und für die Reichstagswahl am 20. Februar ds. Js. den Herrn Professor Dr. Fabri zu Godesberg-Bonn aufzustellen.

Man ging dabei von der Ansicht aus, daß Dr. Fabri als Gesinnungs-genosse, als ein Mann von echt deutschem und evangelisch-christlichem Charakter, als ein Mann von großer Erfahrung auf volkswirtschaftlichem und colonialpolitischem Gebiete, auf dessen sachverständiges Urtheil Fürst Bismarck großen Werth legt, mehr im Stande sein werde, neben der Förderung der Reichsinteressen in regierungsfreundlichem Sinne, die berechtigten Interessen unseres Kreises zu vertreten als der bisherige Abgeordnete für Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf mit einseitig extremkonservativer Anschauung und Richtung.

Die Anwesenden wählten alsdann einen aus elf Mitgliedern bestehenden Ausschuß, welcher das Weitere veranlassen wird, um die Candidatur Fabri wirksam zu unterstützen.

Am künftigen Sonntag, den 9. ds. Ms. Nachmittags 3 Uhr findet im Lokale des Herrn Schuppert Steinweg hieselbst eine Versammlung der Vertrauensmänner aus Stadt und Land statt, in welcher die weiteren Schritte berathen werden sollen.

Am Freitag den 14. ds. Ms. Nachmittags 3 Uhr wird Professor Dr. Fabri im Hofischen Saale sich persönlich vorstellen und sein Programm entwickeln.

Zur Reichstagswahl.

Laasphe. Der Kandidat der deutschfreisinnigen Partei, Herr Rechtsanwalt A. Träger hielt am Sonntag hier vor einer großen Zuhörerschaft seine Wahlrede. Träger ist eine durchaus sympathisch wirkende Persönlichkeit, dessen Reden stets frei sind von gehässigen, boshaften Nebenwendungen. Wir geben die Rede in kurzen Zügen wie folgt:

Es handelt sich bei den diesmaligen Wahlen um besonders wichtige Angelegenheiten. Es ist nach dem Gesetze nicht, wie bisher, auf 3, sondern auf 5 Jahre zu wählen. Da ist es nothwendig, daß die Wähler mit aller Ruhe an die Wahlurne treten. Vor 3 Jahren war dies nicht der Fall. Es erfolgten die Wahlen unter dem Druck einer Furcht, die einen großen Theil unseres Volkes ergriffen hatte. Auf diese Weise kam ein Reichstag zu Stande, den man passend mit dem Namen Anglistprodukt bezeichnet. Es handelte sich damals um das Septennat, und man gaultete dem Volke vor, daß, falls man die geforderten Summen für militärische Zwecke nicht auf 7 Jahre bewilligen würde, die Franzosen ins Land kämen, den Bauern ihre Habe rauben, Weiber und Kinder schänden würden. Durch diese Furcht haben sich viele Wähler irreführen lassen, wodurch ein Reichstag zu Stande gekommen ist, der nicht zum Wohle des Volkes gearbeitet hat. Die freisinnige Partei war bereit, der Erhöhung der Kriegsstärke zuzustimmen — allerdings nur auf 3 Jahre. Man wollte so schwere Ausgaben nicht über die Dauer einer Legislaturperiode hinaus bewilligen, man wollte freie Hand behalten, um angesichts der ungeheuren Lasten, die schon jetzt auf dem Volke ruhen, die Nothwendigkeit der Ausgaben aufs neue zu prüfen. Nun ist es klar, daß es ganz ohne Bedeutung ist, ob eine Forderung alle 3, oder alle 7 Jahre neun bewilligt wird. Es zeigt das Bestehen auf das Septennat von einem großen Mangel an Vertrauen zu dem deutschen Volke. Wir sind der Meinung, daß das deutsche Volk stets bewilligen wird, was zur Erhaltung des Vaterlandes nothwendig sein wird. Die Liebe zum Vaterlande wird aber wesentlich dadurch wachgehalten, daß man es den Staatsbürgern ermöglicht, ein menschenwürdiges Dasein zu fristen, daß man besonders die Steuerkraft nicht über Gebühr in Anspruch nimmt. Wir sind stets gegen indirekte Steuern auf die unentbehrlichen Lebensmittel gewesen, vertreten dagegen nachdrücklich den Standpunkt, daß die direkten Steuern von etwa 6000 Mk. jährlichem Einkommen an aufwärts erhöht werden müssen, weil hierdurch die Armen und kleinen Leute entlastet werden. Wie drückend die indirekten Steuern sind, sei an einem Beispiele erläutert: Geht ein Junggeselle und ein Familienvater von 5 Kindern haben dasselbe Einkommen. Da nun fast alles, was wir essen und trinken, besteuert ist, so muß der Familienvater 7mal soviel Steuern zahlen als der Junggeselle. So lastet auf einer Familie, die nur 900 Mk. jährliche Einnahme hat, eine indirekte Steuer von 150 Mk. Wer diese Zustände für gut hält, kann kein Mitgefühl für seine Mitmenschen besitzen. Der letzte Reichstag hat in dieser Beziehung dem Volke unsagbare Lasten auferlegt. Fleisch, Salz, Zucker, Brot, Petroleum, Kaffee, Tabak und Branntwein sind mit hohen Steuern belegt worden.

Der Zollertrag vom Branntwein bringt dem Reiche 100 Mill. ein, aber davon fließen 40 Millionen als Entschädigung in die Taschen der großen Branntweinbrenner, der Großgrundbesitzer. Ein solches Steuersystem ist verwerflich. Beim Zucker, beim Korn liegen dieselben Verhältnisse vor. Die vielen Millionen der Armen und kleinen Leute müssen Hunderte von Millionen an Steuern auf-

bringen, damit einige wenige, die Großgrundbesitzer, die Zuckerfabrikanten und andere sich daran bereichern. An den bevorstehenden Wahlen liegt es, ob diese Zustände noch weiter sich verschlimmern sollen.

Man hat sich indessen nicht begnügt mit einer Schmälerung der Lebensbedingungen des Volkes, man hat auch gewagt, die Rechte desselben zu schmälern. Der frühere Minister Buttammer hat einst gesagt, daß man im Bundesrathe den Gedanken erwäge, ob es nicht besser sei, das geheime Stimmrecht bei den Reichstagswahlen aufzuheben. Den Conservativen ist die Aufhebung nicht unsympathisch, deshalb liegt es an den Wählern, einen Abgeordneten zu wählen, der mit Entschiedenheit für das geheime Stimmrecht eintritt. Der Grundgedanke, der durch den letzten Reichstag ging, war, wie schon bemerkt, darauf gerichtet, die Rechte des Volkes zu verkümmern. Das zeigt uns deutlich die Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre. Während der Wähler bisher in der Lage war, sich alle 3 Jahre über die Haltung des Mannes zu entscheiden, dem er sein Vertrauen geschenkt hatte, muß er jetzt 5 Jahre warten und ist abhängig von dem was sein Abgeordneter thut und sagt.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Unzufriedenheit im Volke in den letzten Jahren gestiegen ist. Die Regierung hat versucht, diese zu bannen. Sie hat Gesetze über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung geschaffen. Jedoch sind die Arbeiter von diesen Gesetzen keineswegs erbaut. Für den kleinen Vortheil, den man mit diesen Gesetzen den Arbeitern geboten hat, werden ihnen auch eine Menge Lasten und Unbequemlichkeiten aufgebürdet, und was das Alters- und Invaliditätsgesetz betrifft, so wird durch dieses der Arbeiter einer scharfen Kontrolle unterworfen und in seiner Freiheit erheblich geschränkt.

Aber auch das Versammlungsrecht, das Recht der Koalition steht in Gefahr, das Recht, für sich bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Bis jetzt kann jeder dahin gehen, wo er am meisten verdient, es ist niemand an die Scholle gebunden. Diese Freizügigkeit muß dem Volke erhalten bleiben. Es kann doch beispielsweise ein Großgrundbesitzer seine Arbeiter nicht als Leibeigene behandeln. Die Konservativen sind zum großen Theile Gegner der Freizügigkeit. Es muß jedem einzeln die Freiheit gewahrt bleiben, alles zu thun, was in seinen Kräften steht, um vorwärts zu kommen, so daß es ihm vergönnt ist, wenn auch vielleicht nicht sich selbst, so doch seine Kinder im Leben auf eine höhere Stufe zu bringen, als er eingenommen hat. Was wir weiter verlangen, ist die Gleichheit vor dem Gesetz. Wir verurtheilen deshalb das Sozialistengesetz, weil es ein Ausnahmengesetz ist. Wir halten es für das schlechteste Gesetz, das jemals geschaffen worden. Die Agitation wird durch dasselbe aus dem öffentlichen Leben ins geheime getragen. Die Führer werden ausgewiesen, lassen sich an andere Orten nieder und ziehen durch den Schein des Märtyrertums die Massen an sich. Die Menge meint ja leicht, daß die Sache, für die jemand leidet, eine gute und edle sein müsse. Daher auch das Anwachsen der sozialdemokratischen Partei.

Man hat früher so viel gesprochen von Reichsfeinden. Da ist es Pflicht, an das Wort des Kaisers Friedrich zu erinnern, der in edler Weise befandete: „Alle stehen meinem Herzen gleich nah“, und unser jetziger Kaiser hat dem Unwesen, das mit den angeblichen Reichsfeinden getrieben wurde, ein jähes Ende bereitet, in dem er dem verstorbenen Freiherrn von Frankenstein, der gegen das Septennat stimmte, warme Worte widmete, ihn als einen echten, deutschen Mann, einen wahren Patrioten bezeichnete.

Der Redner erntete für seinen ausgezeichneten Vortrag reichen Beifall.

(Eingefandt aus Siegen.) Reichstagswahl.

Wenn in Correspondenzen des „Siegerländer Volksfreunds“ und der „Siegener Zeitung“ immer noch hervorgehoben wird, daß zwischen Herrn Stöcker und Herrn Fabri eigentlich kein politischer Gegensatz herrsche und daß darum, so lange nicht ein Einheimischer aufgestellt werden könne, auch noch keine Veranlassung vorliege, von Herrn Stöcker abzugehen, so wollen wir dem gegenüber denn doch folgendes hervorheben: Zunächst gehört Herr Fabri nach seinen eigenen Angaben nicht der hochkonservativen, sondern der durchaus gemäßigten Richtung der konservativen Partei an, und vor allem ist er als Kolonialpolitiker eine Persönlichkeit, die durch ihre bedeutenden Schriften über Kolonialpolitik sich einen solchen Namen gemacht, daß wir wohl glauben, daß schon deshalb allein Herr Fabri für den Reichstag ein sehr schätzenswerther Erwerb sein wird. Auf die eigentlich rein politische Seite ist unseres Erachtens weniger Werth zu legen, da die Zukunft unseres Volkes voraussichtlich für absehbare Zeit hauptsächlich von der Lösung rein wirtschaftlicher, wie namentlich auch kolonial- und handelspolitischer Fragen abhängen wird, in denen Herr Fabri als eine Kraft ersten Ranges gilt. Die eigentlich politische Seite der Angelegenheit ist für uns allerdings insofern auch von Bedeutung, als Herr Stöcker der Kreuzzeitungspartei angehört, die schon seit längerer Zeit wegen ihrer beständigen Agitationen gegen die Kartellparteien von der Reichsregierung auf das entschiedenste bekämpft wird. Nach den Veröffentlichungen der Norddeutschen Allgemeinen Ztg. ist festgestellt, daß diese Partei sich durch ihr unduldfames Auftreten in letzter Zeit das entschiedenste Mißfallen an allerhöchster Stelle zugezogen hat. Wenn man gegen Herrn Fabri vorbringt, daß er kein Einheimischer sei, so wollen wir doch hervorheben, daß er den größten Theil seines Lebens in Rheinland-Westfalen zugebracht hat und er deren wirtschaftliche Verhältnisse doch wohl mindestens

ebenso kennt wie Herr Stöcker. Die Herren, welche nunmehr immer noch an letzterem festhalten und Herrn Fabri seine Nichtzugehörigkeit zum Kreise Siegen zum Vorwurfe machen, die sollten denn doch bedenken, daß sie es gewesen, die Herrn Stöcker als ganz fremden Mann hierhergebracht haben; sie waren es, die damals Stöcker gegen Herrn Commerzienrath Kreuz, als beide zur Stichwahl standen, zum Siege verhalfen. Hätte man diesen, nur von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet, jedenfalls schon ganz verkehrten Schritt, unterlassen, so würde unser Wahlkreis jedenfalls noch bis heute von einem Einheimischen vertreten worden sein. Es sei hierbei hervorgehoben, daß der Kreis Biedenkopf damals ein größeres Verständnis für die Sachlage entwickelte als der Kreis Siegen, indem derselbe, obgleich er im ersten Wahlgang für Herrn Dr. Ernst sich entschied, bei der Stichwahl rückhaltlos für Herrn Commerzienrath Kreuz stimmte und für diesen auch die Majorität bekam. Schließlich wollen wir noch hervorheben, daß auch Gründe nur persönlicher Natur, auf die wir, um den Wahlkampf nicht zu verbittern, vorläufig nicht näher eingehen wollen, uns die Candidatur des Herrn Fabri empfehlenswerther erscheinen lassen, als die des Herrn Stöcker. Wir hoffen, daß die hochconservative Gruppe, die sich jetzt noch für Herrn Stöcker interessiert, sich allmählich noch befehren läßt und Herrn Fabri als denjenigen Candidaten, der am meisten nach rechts und links befriedigt, ihre Stimme giebt; es würde dann vielleicht möglich sein, Herrn Fabri schon im ersten Wahlgang durchzubringen, ohne daß wir die Unannehmlichkeit einer Stichwahl wieder durchzumachen hätten.

(Eingefandt.)

Zur Reichstagswahl.

Von einer Seite wird uns'rem seitherigen Abgeordneten Herrn Hofprediger Stöcker ein Herr Dr. Fabri aus Bonn gegenübergestellt; es drängen sich hierbei die Fragen auf:

1. Hat Herr Hofprediger Stöcker seinen Wahlkreis Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf nicht würdig vertreten, und wessen beschuldigt man ihn?
 2. Gibt Herr Dr. Fabri, gegen dessen Person wir nichts einzuwenden wollen, da er uns und den sämtlichen Wahlmännern gänzlich unbekannt ist, Bürgerschaft, daß er den Wahlkreis würdiger vertreten werde, als Herr Hofprediger Stöcker?
 3. Warum stellt man nicht einen würdigen, Vertrauen genießenden Herrn aus unserem Wahlbezirk auf, dem man vorzugsweise seine Stimme geben kann, wenn man den Hofprediger Stöcker durchaus nicht wählen will?
- Die Landleute und Handwerker wissen was sie an Stöcker haben und werden nur dann, aber auch nur dann, wenn ein würdigerer Vertreter unseres Wahlkreises gefunden wird, als Herr Hofprediger Stöcker in, es mit ihrem Gewissen und Interesse vereinbaren können, diesen zu wählen und Herrn Stöcker fallen zu lassen.

Verschiedenes.

— Vorsicht kann den Influenza-Kranken nicht genug empfohlen werden. Namentlich diejenigen, welche von der Krankheit genesen oder die doch auf der Besserung sind, haben sich gerade am meisten in Acht zu nehmen. Es sind zumeist Geschäftsleute und Handwerker, die sich nicht lange genug schonen. Sobald sie meinen, die Gefahr sei überwunden, wollen sie gleich in gewohnter Weise ihrem Berufe wieder nachgehen. Das rächt sich furchtbar. Es tritt ein Rückfall ein, „mit Complicationen“ wie der technische Ausdruck heißt. Luftröhren-, Lungen- oder Rippenfellentzündung stellt sich ein und die Lage wird sehr schlimm. Wird dann am Ende auch das Leben überstanden, wer weiß, welche Konsequenzen dasselbe nach sich zieht, vielleicht für Jahre hinaus. Darum mögen doch die Konvaleszenten diese Worte recht beherzigen. Lasset lieber ein paar Tage im Geschäft elf gerade sein; der geschwächte Körper bedarf der Schonung. Ist die Kraft wieder da und der gesamte Organismus fähig, den früheren Ansprüchen gerecht zu werden, dann wird das Versäumte rasch wieder nachgeholt sein. Das Schlimmste wird auf diese Weise verhütet.

— Bekanntlich war der 20. Januar von dem bekannten Wetterpropheten Falb als kritischer Tag erster Ordnung angegeben und auch diesmal traf seine Vorherjage zu. Aus den verschiedensten Orten des Erdballes treffen Nachrichten über große Stürme und Unwetter ein. So wird z. B. aus London vom 24. ds. berichtet: Der Sturm, welcher am Mittwoch Mittag begann, erreichte gestern seinen Höhepunkt; er legte vom Golf von Biscaya und der Westküste Frankreichs her über die Südküste Irlands und Englands mit einer Schnelligkeit von 60 Kilometern in der Stunde. Alle Plätze an der Südküste haben erheblich Schaden gelitten. In Sandgate wurden die Wagen über die Häuser gehoben; viele der Einwohner waren geflohen. In Hastings fielen sich die Keller und die Erdgeschosse der Häuser mit Wasser, sodaß der Verkehr der Einwohner über die Dächer hinweg bewerkstelligt werden mußte; die Eisenbahn nach Eastbourne wurde überflutet. Die niedriger gelegenen Stadttheile von Portsmouth waren bald unter Wasser gesetzt. Auch vom Meere und vom Binnenlande werden Unglücksfälle und Verheerungen gemeldet. Die Telegraphenverbindung London-Paris ist unterbrochen.

— „Ein Bürgermeister von Berlin habe in Potsdam auf dem Esel reiten müssen“, diese erstaunliche Kunde erregte zu König Friedrich

Wilhelm I. Zeiten in der Mark und darüber hinaus großes Aufsehen. Das Gerücht entbehrte nicht völlig der Wahrheit, indessen war der Mann, welchen der gestrenge König in dieser Weise der Lächerlichkeit preisgab, nicht wirklich Bürgermeister von Berlin, sondern er hatte es nur werden wollen. Ein ehemaliger Feldwebel Namens Trawe war auf Verwendung des Obersten v. Marwitz zum „Oberbilletier“ ernannt worden, in welcher Stellung ihm das Einquartierungswesen von Berlin und die Verwaltung der Servistasse oblag. Sein Einkommen belief sich auf etwa 600 Thaler, und außerdem hatte er im köllnischen Ratshaus freie Wohnung und Feuerung. Also lebte er „in einem reich gesegneten Stande“, wie ein Chronist sich ausdrückt, aber der Mann war von Dünkel verblendet und wollte höher hinaus. Als einer der Bürgermeister starb, meinte er, die Stelle sei gerade gut genug für ihn und er setzte ein Memorial an den König auf, in welchem er um Verleihung des Postens bat und zugleich, da er einmal im Feuern war, um den Geheimrathstitel ersuchte. Ein beliebter Weg, dem Könige Bittschriften zu unterbreiten, war der, daß man sich dieserhalb an einen der „langen Kerle“ der Potsdamer Riesengarde wendete. Den Grenadieren war freilich solche Vermittlung verboten, aber für Geld ließ sich doch hier und da einer bereit finden, und der Monarch sah seinen Lieblingen Manches nach. So fand auch Trawe gegen das Versprechen von 20 Thaler einen Grenadier, der dem König das Memorial überreichte und hierbei offen bekannte, welche Belohnung ihm in Aussicht gestellt sei. Der Monarch war über das abgeschmackte Gesuch sehr erzürnt, verbarg aber seinen Unmut und befahl dem Grenadier, an Trawe zu schreiben, daß er selber nach Potsdam kommen solle. Von frohen Hoffnungen beseelt, folgte der Bürgermeisterkandidat eilends der Aufforderung, um aber aus allen Himmeln zu stürzen, als ihn der König festnehmen und zum großen Gaudium der herbeiströmenden Potsdamer auf den Esel setzen ließ. Mehrere Stunden mußte Trawe auf dem Marterholze ausharren, wobei es denn wohl an höhnenden Zurufen „Bürgermeister von Berlin!“ nicht gefehlt hat. Durchreisende Fremde sahen den Mann reiten, hörten die Hufe und verbreiteten dann, wie der Chronist meint, ohne Kenntniß des richtigen Sachverhaltes das Gerücht, es habe in der That ein Berliner Bürgermeister in Potsdam auf dem Esel geritten. Trawe blieb, nachdem er die Strafe überstanden hatte, noch etliche Tage auf der Potsdamer Hauptwache in Haft, durfte aber dann nach Berlin in sein Amt zurückkehren. Nicht lange darauf nahm es mit ihm ein schlimmes Ende. Er lebte über seine Verhältnisse, machte Schulden und griff die Servistasse an. Schließlich flüchtete er, in Begleitung zweier Frauenzimmer, wurde aber eingeholt und in die Hausvoigtei gesteckt. Da an seiner Kasse beinahe 3000 Thaler fehlten und er über deren Verbleib nicht Auskunft geben wollte oder konnte, wurde er der Tortur unterworfen, aber er stand nichts. Auf der Festung Spandau, wo er Tags über an die Karre, Nachts an die Wand angeschmiedet wurde, hat der „Bürgermeister von Berlin“ geendet.

— Ein verunglücktes Akrostichon. (Ein Gedicht in welchem die Anfangsbuchstaben der Zeilen Namen bilden.) Ein etwas beschränkter Mensch kam zu einem Schmied mit der Bitte, ihm für seine angebotene „Eise“ ein Akrostichon zu fertigen. Der Dichter entledigte sich sofort seines Auftrages, indem er schrieb:

Engelsbild im lichten Schein,
Laß mich ganz Dein eigen sein;
Sprich ein Ja und werde mein,
Ende meine Lebenspein!

Wonnetrunkener eilte der Liebende nach Hause, setzte sich sofort hin und schrieb das kleine Poem sauber auf einen rosafarbenen Briefbogen. In der angenehmen Erregung bemerkte er jedoch nicht, wie er zwei der Zeilen verwechselte, und eine Stunde später las die Gefeierte:

Engelsbild im lichten Schein,
Sprich ein Ja und werde mein,
Ende meine Lebenspein,
Laß mich ganz Dein eigen sein!

Wie die Antwort ausgefallen sein mag, läßt sich denken.

— (Denkspruch.) Nicht Schmerz ist Unglück, Glück nicht immer Freude, wer sein Geschick erfüllt, dem lacheln beide.

Viersilbige Charade.

Die beiden ersten nennen eine Stadt,
Die ihre Lage an einem Flusse hat.
Die beiden letzten nennen ein Insekt
Von dessen Nutzen man noch wenig hat entdeckt.
Wenn das Ganze sich zu sehr vermehrt
Vermindert es den großen Werth,
Den ein Eigenthum gewährt,
Das meist uns die Natur bescheert.

(Auflösung in nächster Nr.)

Auflösung der Räthsel in Nr. 5:
Schinkel, Schinken.

Bekanntmachung.

Gemäß Verfügung des Königl. Landraths, Herrn von Schrötter zu Verleburg, bildet die Stadtgemeinde Laasphe mit Laasphehütte einen Wahlbezirk für sich (siehe §§ 6 und 7 des Reglements vom 28. Mai 1870.) Nach § 8 a. a. D. wird dieses hierdurch bekannt gemacht, mit dem Bemerkten, daß als Wahlvorsteher der Beigeordnete, Herr Wilhelm Schuppener, als Stellvertreter derselben der Stadtrendant, Herr Friedrich Wehn, fungirt und als Wahllocal die Kirchenschule hieselbst bestimmt ist.

Die auf den 20. Februar ds. Jrs. festgesetzte Wahlverhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen.

Nach § 19 des Reglements sind ungültig:

1. Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind;
 2. Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
 3. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist;
 4. Stimmzettel, auf welchen mehr als ein Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist;
 5. Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.
- Zum Wahl-Commissar für den Wahlbezirk Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf ist der Königl. Landrath, Herr Keil zu Siegen, ernannt.

Laasphe, den 1. Februar 1890.

Der Magistrat
Bernsau.

Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha.

Auf Gegenseitigkeit errichtet im Jahre 1821.

Bekanntmachung.

Nach dem Rechnungsabluß der Bank für das Geschäftsjahr 1889 beträgt der in demselben erzielte Ueberschuß:

77 Procent.

der eingezahlten Prämien.

Die Banktheilhaber empfangen, nebst einem Exemplar des Abchlusses, ihren Ueberschuß-Anteil in Gemäßheit des § 7 der Bankverfassung der Regel nach beim nächsten Ablauf der Versicherung, beziehungsweise des Versicherungsjahres, durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im gedachten § 7 bezeichneten Ausnahmefällen aber baar durch die unterzeichnete Agentur, bei welcher auch die ausführliche Nachweisung zum Rechnungsabluß zur Einsicht für jeden Banktheilnehmer offen liegt.

Laasphe, im Februar 1890.

Aug. Imgardt,

Agent der Feuerversicherungsbank f. D. zu Gotha.

Reichstagswahl.

An Stelle des Herrn Hofprediger Stöcker wird Herr Pastor Burkhardt aus Berlin

am Mittwoch d. 12. Febr. Vorm. 10 Uhr
in Laasphe bei Herrn Bosh

an demselben Tage Nachm. 4 Uhr
in Verleburg bei Herrn Koffel und

am Donnerstag d. 13. Febr. Nachm. 2 Uhr
in Grndtebrück bei Herrn Bette

einen Vortrag halten.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein

Das conservative Wahlcomité.

Turnverein Laasphe.

Sonntag den 16. Febr. cr. Abends 8 Uhr

findet im Saale des Herrn Fr. Bosh ein

Schauturnen

statt.

Programm:

1. Eröffnungsrede.
2. Schauturnen.
3. Ball.

Eintrittsgeld für Nichtmitglieder . . . 50 Pf.

" " Damen . . . 30 "

Mitglieder frei.

Um recht zahlreiche Betheiligung bittet

Der Vorstand.

Die dauerhaftesten, geschmackvollsten und billigsten Instrumente (Pianos, Flügel, Harmoniums pp.) liefert

Pianofortefabrikant A. Roth in Hagen i. w.

Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung genommen. Kleine Ratenzahlungen gestattet. Langjährige Garantie. Franko-Vieferung. Mieth-Instrumente von 1,50 M. pro Monat an.

Reichstagswahl.

Sonntag den 9. Februar cr., Nachmittags 4 Uhr

Versammlung

der gemäßigt konservativen und nationalliberalen Parteien im Lokale des Herrn Gastwirths Martin

zu Grndtebrück

zur Besprechung der Candidatur des

Herrn Professor Dr. Fabri

in Godesberg (Bonn),

wozu alle Wähler geladen werden.

Von Mitgliedern des Wahlausschusses werden die leitenden Gesichtspunkte auseinandergesetzt werden, welche zur Aufstellung der Candidatur des Herrn Prof. Dr. Fabri geführt haben.

Siegen, den 6. Februar 1890.

Der Wahl-Ausschuss

der vereinigten konservativen und nationalliberalen Parteien

Seyberth. Jac. Gust. Siebel. H. Klein.

Reichstagswahl.

Der Candidat der vereinigten gemäßigt-conservativen und nationalliberalen Parteien

Herr Professor

Dr. Fabri

in Godesberg (Bonn)

wird in **Laasphe**

Freitag den 14. Februar

Nachmittags 3 Uhr

im Lokale des Herrn Bosh

sein Wahl-Programm vortragen, wozu alle Wähler hierdurch eingeladen sind.

Der Wahlausschuß der vereinigten gemäßigt konservativen und nationalliberalen Parteien.

Seyberth,
I. Vorsitzender.

Jac. Gust. Siebel,
II. Vorsitzender.

Nugholz-Verkauf.

Oberförsterei Ebersbach.

Am Mittwoch den 12. Februar cr. von Vormittags 11 Uhr ab kommen in den Distrikten Bomberg 1 u. 4, Hilgeshausen 7, 8, 9 u. 14 und Ebersbach 18 des Schutzbezirks Wippenbach nachstehende Hölzer an Ort und Stelle zur Versteigerung:

Eiche: 23 Stämme = 5,10 fm; 23 Stangen I.—III. Cl. und 24 rm Schichtnugholz (2 u. 2,5 m lang.)

Andr. Laubholz: (meist Birke) 4 Stämme = 1,21 fm; 12 rm Schichtnugholz (2,5 m lang.)

Nadelholz: 136 Stämme II. Cl. = 105,76 fm, 460 Stämme III. Cl. = 122,26 fm; 800 Stangen I.—III. Cl.; 200 Stangen IV. Cl. und 115 rm Schichtnugholz (2—2,5 m lang.)

Der Verkauf beginnt im Distrikt Bomberg 1. — Das Holz liegt fast sämtlich an guter Abfuhr. — Entfernung bis Station Dillenburg ca. 10 Km.

Strassebersbach, den 3. Februar 1890.

Der Königl. Oberförster.

Die großartigste amerikanische Carpenter-Orgel

Cottage-Organ ist die

Preis von 150 M. an.

General-Vertretung für den ganzen europäischen Kontinent: August Roth, Hagen i. W.

Ein ordentliches, braves

Dienstmädchen,

auf sofort gesucht von

F. Schröder jun.,
Laasphe.

Buchen-Sägemehl

als Streumaterial pro Sack

25 Pfennig bei

Friedrich Schmidt

in Banse.

Mugburger

Bockzwirn

und Deutsches Siegesgarn

vorzügliche Qualität für

Hand und Maschine in allen

Farben, 500 Yards-Rolle

17 Pfg. Nähmaschinenöl

in Maas und Flaschen,

Gummiringe und alle Sorten

Nähmaschinen-Nadeln empfiehlt

Ludwig Schröder.

Jugendliche und erwachsene Arbeiter

finden dauernde und lohnende Beschäftigung.

Freie Schlafstätte auf der Fabrik, Brod und Butter wird zu billigen Preisen beschafft.

Gust. Berger & Cie.,
Grndtebrück.

Ein tüchtiger

Müllergesell,

welcher selbstständig arbeiten kann, findet sofort dauernde Stellung in meiner Kundenmüllerei.

Adam Thomae,

Mühlenbesitzer, Oberdieten,
Kreis Biedenkopf.

Donnerstag den 13. Febr.,
Morgens 10 Uhr

verkaufe ich an meiner Wohnung 2 starke

Eichenstämmen

gegen gleich baare Zahlung.

Christian Heinrich

in Bernershausen.

Trauerhüte

vom einfachsten bis feinsten Genre.

Auswahlsendungen
sofort.

S. Fränkel,

Dortmund.

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, einen großen Posten

Cigarren

zu den billigsten Preisen auszuverkaufen und zwar

per 100 Stück 2,80 M.,

3 M., 3,50 M. u. s. w.

Fr. Metz.

Hierzu eine Beilage,

Reichstagswahl betreffend